4. Jahrgang. Nr. 45. **West-** Nr. 45. 4. Jahrgang

Danzig, Freitag, den 22. Februar 1867. Danzig, Freitag, den 22 Februar 1867.

Mit Gott für König und Vaterland — SUUM CUIQUE

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. **Vierteljährlicher Abonnements-Preis:** für Dnzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalteu 1 Thlr. 5 Sgr.
Monats-Abonnements 12½ Sgr.

Insertions-Gebühren: die Petit-Spaltzeile oder deren Raum 1 Sgr.
Inserate nehmen an:
n Berlin: A. Retemeyer's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2,
in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler,
in Leipzig: Jllgen & Co.,
in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hundegasse 70.
Einzelne Nummern 1 Sgr.

Preußische Zeitung.

m. Wenn wir staunend den großen Schritt bemessen,

welchen das Haus Hohenzollern in seiner jahrhundert langen Arbeit, „der Wiedergeburt der deutschen Einheit" in letzter Zeit gethan; wenn wir die Kraft bemessen, mit welcher dieses Haus seinen alten Erzfeind, die österreichische Diplomatie zu Boden warf und im Wiener Frieden dictirte „das Haus Habsburg hat aufgehört eine deutsche Großmacht zu sein", so bedauern wir, daß es den alten verstorbenen Königen von Preußen, den Churfürsten und Markgrafen von Brandenburg nicht vergönnt ist, den Sieg ihres großen Nachfolgers mitfeiern zu können; daß es Friedrich dem Großen nicht vergönnt ist, seinem großen Wilhelm die Krone des alten Barbarossa aufs Haupt zu setzen. Was würde dieser große Ahne, welchem die Erreichung dieses großen Zieles so sehr am Herzen lag, sagen, sähe er den größten Theil Deutschlands, dem Rufe seines Enkels folgen, und den Haupttheil seines Programms (wir sagen absichtlich nicht sein ganzes Programm, denn „das ganze Deutschland soll es sein") in Erfüllung gebracht. Hatte er selbst doch zu wiederholten Malen Anläufe genommen, dieses Ziel zu erstreben, sich von dem Einflusse Oesterreichs loszumachen und an Stelle des immer mehr in Verfall gerathenen deutschen Reichs einen unter Preußens Protectorat stehenden Fürstenbund zu gründen. Die Idee zu einem solchen Fürstenbunde selbst rührt eigentlich [illegible] der Zeit des 7jährigen Krieges [illegible], wo der hessen-kasselsche Minister v. Schlieffen den Plan faßte, seine kleineren Collegen zu einem Bündnisse zu bewegen, welches den Zweck haben sollte, in künftigen Kriegen zwischen Oesterreich und Preußen sich neutral zu verhalten und zuerst gegen den sich kehren sollte, welcher die deutsche Verfassung und die deutsche Freiheit verletzen und die Selbstständigkeit deutscher Reichsstände bedrohen würde. Die kleineren und mittleren Fürsten fürchteten nicht umsonst, bei Gelegenheit, und zwar nicht bloß in Folge des Kampfes zwischen den beiden Großmächten als auch durch eine friedliche Verständigung entweder von Preußen oder von Oesterreich verschlungen zu werden. Der Plan selbst kam nicht zur Verwirklichung, weil die Grundbedingung, Einheit der Gesinnung unter den Fürsten, nicht vorhanden war, und bei der Getheiltheit der Interessen nicht vorhanden sein konnte.

Im Jahre 1783 (also ca. 20 Jahre später) wurde der Gedanke von dem badischen Minister v. Edelsheim, als die Versuche Oesterreichs, die Befugnisse der Reichshofräthe weiter auszudehnen, die Schmälerung der Diöcesanerrechte Passaus und die ganze Haltung Oesterreichs, den Bestand der deutschen Reichsverfassung zu bedrohen schien und in deren Abänderung man den Untergang des deutschen Vaterlandes zu erblicken vorgab. Nach Edelheims Ideen sollten die Reichsstände zur Vertheidigung des Deutschen Reichssystems 100,000 Mann Soldaten aufstellen. Die Fürsten und Kurfürsten sollten zur Erleichterung der Organisation je besondere Unionskreise bilden, auch die Kronen Dänemark und Schweden sollten eingeladen werden. Einigkeit der Stimmgebung auf dem Reichstage, Neubelebung desselben, Beschützung der Vorrechte sämmtlicher Reichsstände, gegenseitige Schlichtung ihrer Streitigkeiten, Unterstützung in finanziellen Nöthen, Errichtung einer gemeinsamen Bundeskasse, Zurückweisung der etwaigen Einmischung des Reichshofraths in inneren Angelegenheiten der Reichsstände ꝛc. — waren die Hauptgrundsätze des zu errichtenden Bundes. Sobald derselbe zu einigem Ansehen und Bestand gelangt wäre, so müßte man ihn Preußen, Frankreich und Rußland vorlegen. — Hier also, in einem Staate, welcher vermöge der gebotenen Umstände augenblicklich noch nicht zum neugeborenen Deutschland gehört, in Baden tauchte zuerst die Idee, daß Oesterreich in Deutschland nichts zu schalten habe, auf; sie tauchte auf ohne die Mitwirkung, ohne den Einfluß, hinter dem Rücken Preußens. Die Herzöge von Zweibrücken und von Braunschweig billigten diesen Plan und versprachen ihre Mithülfe, der preußische Minister von Hertzberg welcher in das Vertrauen gezogen, erklärte nicht nur seine Beistimmung sondern stellte auch in Aussicht, daß der König von Preußen sich selbst an die Spitze stellen werde. Friedrich der Große mit dem Plane noch nicht bekannt, überzeugte sich, daß eine blos oppositionelle Haltung am Reichstage Oesterreich gegenüber nicht genüge, da Kaiser Joseph seinen Plan, Baiern Oesterreich einzuverleiben beharrlich verfolge, ergriff im März 1784 selbst die Initiative und veranlaßte seine Minister Hertzberg und Finkenstein die früher oberflächlich behandelten Unionspläne ernstlich in die Hand zu nehmen. Einige Monate später legte Friedrich der Große seinen Ministern einen selbstgearbeiteten Unionsentwurf in welchem er Zweck und Art des Bundes klar darlegte. Als Zweck bezeichnete er: Die Erhaltung der Rechte und der Selbstständigkeit der deutschen Fürsten ohne Unterschied der Religion, wie sie ihnen durch altes Herkommen und durch die goldene Bulle verliehen seien. Der Bund sollte nur die Besitzungen eines Jeden versichern, und verhindern, daß ein ehrgeiziger und unternehmender Kaiser die deutsche Verfassung umstürze und stückweise zertrümmere. Wenn man sich nicht auf diese Weise vorsehe, so werde der Kaiser seine Neffen mit allen Bisthümern und Abteien Deutschlands versorgen, sie säcularisiren und so durch die Stimmen seiner Belohnten die Oberhand auf den Reichstagen gewinnen. Es sei im Interesse der geistlichen und weltlichen Fürsten, daß man ihnen den Besitz ihrer Länder garantire und auf Grund der Reichsverfassung dem Kaiser alle Ansprüche darauf abschneide. Besonders müsse man für die Erhaltung des Reichstages und des Kammergerichts sorgen, damit nicht der Kaiser diese alten Institute benutze, um eine tirannische Despotie über Deutschland aufzurichten. Die Interessen der Fürsten seien alle dieselben: denn wenn sie nur einige ihresgleichen vernichten lassen, werde morgen die Reihe an sie kommen und sie würden kein anderes Vorrecht haben, als das der Grotte Poliphems, zuletzt verspeist zu werden. — — Dieses seien die hauptsächlichsten Motive und Grundgedanken und die Minister sollten das Weitere ausführen.

Hertzberg und Finkenstein versprachen die weitere Ausführung dieses Programms. Hertzberg verfaßte eine französische Denkschrift, in welcher er eigentlich nur die Schwächen Deutschlands bloß und die durch die Einheit mögliche Macht den auswärtigen Mächten als Popanz hinstellte und sich deren Mitwirkung erbat, um diese Macht zu verhindern. Denn während Hertzberg seine Denkschrift auf den westphälischen Frieden (1648) basirte, stellte er Deutschland unter die ewigen Garantien der Kronen Frankreichs und Schwedens.

Das Jahr 1785 drängte das bairische Tauschproject wieder in den Vordergrund und gab Veranlassung, daß Friedrichs Plan um ein Stückchen vorwärts arbeitete und schon im März 1785 den Höfen Sachsen und Hannover fertige Entwürfe und Anträge mitgetheilt werden konnten. Aber auch Kaiser Joseph erhielt von dem Treiben zu Sanssouci Kenntniß und erließ an die deutschen Höfe abmahnende Circularnoten, worin er das Tauschproject ableugnete. Er erklärte den beabsichtigten Bund als eine verfassungswidrige Association gegen Kaiser und Reich, eine Landfriedensstörung und drohte mit einem Gegenbund unter russischer Leitung. Friedrichs Geist wurde durch diesen Widerstand in seinem Entschlusse nicht gehemmt, sein Adler legte zu höherem Fluge seine Schwingen aus und schon am 23. Juli 1785 wurde von den durch Oesterreichs Drohungen nicht eingeschüchterten Höfen Sachsens und Hannover zu Berlin der Unions- oder Associationstractat unterzeichnet. Die Verbündeten erklärten: daß diese Union nicht gegen Kaiser und Reich gerichtet und nur ein vertrauliches Bündniß zu Niemandes Beleidigung sei, es solle nur die constitutionsmäßige Erhaltung des deutschen Reichssystems und die reichsständischen Gerechtsamen nach den Reichsgesetzen und Reichsfriedensschlüssen im Auge behalten werden, eine eigentliche Bundesverfassung wurde noch nicht festgesetzt, es sollte vorerst nur zwischen den Bundesgliedern durch Briefwechsel und Gesandte auf den Reichs- und Kreistagen und an den Höfen ein vollkommenes Einverständniß erhalten werden. In dem Tractat finden sich jedoch mehrere geheime Separat-Artikel, welche weiter gehen, so in Bezug auf das bairische Tauschprojeet wurde festgesetzt: daß dasselbe wo nicht in Güte mit Gewalt sollte hintertrieben werden und zu dem Zwecke jeder dieser Bundesgenossen je 12,000 Mann Infanterie und 3000 Mann Cavallerie zu gestellen hätte.

Zu diesem Bündniß deutscher Fürsten gegen das intriguirende Haus Oesterreich traten noch in der Zeit von 1785--1789 folgende Fürsten bei: der Herzog von Sachsen-Weimar, der Pfalzgraf von Zweibrücken, Kurfürst von Mainz, Herzog von Braunschweig, Markgraf von Baden, der Landgraf von Hessen-Kassel, die drei Fürsten von Anhalt Cöthen, Bernburg und Dessau, der Bischof von Osnabrück, der Markgraf von Ansbach, die Pfalzgrafen von Birkenfeld, die Fürsten von Mecklenburg-Schwerin und Strelitz und der Coadjutor von Mainz. Mit dem Beitritt des Ersten im Reiche, des geistlichen Kurfürsten von Mainz hatte Preußen die Hauptmacht der österreichischen Diplomatie gebrochen, denn mit ihm hatte es die Mehrheit des Fürstencollegiums auf seiner Seite und Nichts konnte im Reiche mehr ohne die Beistimmung der Union und mittelbar Preußens geschehen. Besonders hatte Preußen die Kaiserwahl in seiner Gewalt und konnte zunächst die Wahl eines römischen Königs verhindern. Der Tod Friedrichs im Jahre 1786 brachte das, in seinem besten Aufschwunge begriffene Werk zum Stillstehen. Sein Nachfolger schien sich Anfangs für die Union zu interessiren und ließ von Herzberg ein Gutachten „über die Mittel zur Befestigung des deutschen Fürstenbundes" ausarbeiten, in welchem dargelegt wurde, daß Oesterreich seine Anschläge auf Baiern noch nicht aufgegeben habe und nur auf den Tod des jetzigen Kurfürsten warte, daß daher aller Grund zur Vorsicht vorhanden sei. — Da brach die französische Revolution hervor und die hierdurch erzeugte Bewegung veranlaßte das Aufgeben der Oppositionspolitik Preußens gegen Oesterreich, die Staaten verbanden sich zur Bekämpfung des neuen Frankreichs. Dieser Revolution folgten das erste Kaiserreich und unsere Befreiungskriege hintereinnnder und ließen den Fürstenbund spurlos verschwinden. In anderer Gestalt trat derselbe nach den Freiheitskriegen wieder auf. Der neue Bund beseitigte die damals gefürchtete Kaisergewalt und stellte an seine Stelle ein Bundespräsidium, in welches sich Preußen und Oesterreich friedlich theilten. Welchen Widerstand Preußen die ganzen Jahre hindurch in seiner nationalen und geschichtlichen Entwickelung von seinem Mitinhaber des Präsidiums erfahren, ist allen denen genügsam bekannt, welche sich der Geschichte nicht verschließen wollen, es mußte den Vertrag von Olmütz unterzeichnen und am 3. Dezember 1851 seine Ostprovinzen und Posen aus dem deutschen Bunde ausweisen. — Da trat Wilhelm der Erste und sein großer Staats-Mann Bismarck auf, sie erkannten, daß der große Kurfürst und Friedrich der Einzige nicht umsonst durch die Weisheit ihrer Politik und die Tapferkeit ihres Schwertes das kleine namenlose Preußen zu europäischer, weltgeschichtlicher Stellung in die Höhe gebracht haben sollte. Bei „Königsgrätz" vollendeten sie die Aufgabe Friedrich des Großen.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Major a. D. Freiherrn von Puttkamer, bisher aggregirt dem Pommerschen Husaren Regiment (Blüchersche Husaren) Nr. 5 und kommandirt als Adjutant beim General-Kommando des 6. Armeekorps, dem Herzoglich Braunschweigschen Hauptmann Koch im Leib-Bataillon, dem Sanitäts-Rath Dr. Hasse zu Breslau, dem Stabsarzt Dr. Becht vom Jäger-Bataillon Nr. 11 und dem pensionirten Steuer-Einnehmer Zesch zu Lübbenau im Kreise Calau den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Ober-Steuer-Inspektor, Steuerrath Kreuschner zu Glogau, dem Sanitäts-Rath Dr. Eduard Heymann zu Berlin, dem praktischen Arzt Dr. Reichelt zu Breslau, dem Arzt der Hamburg-Amerikanischen Packetschiff-Aktien-Gesellschaft, Dr. Franz Geisler zu Hamburg und dem Post-Secretair a. D. Doeding zu Bremen den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem pensionirten Steuer-Aufseher Kuhnke zu Riesenburg, im Kreise Rosenberg in Westpreußen, dem Herzoglich Braunschweigschen Hof-Fourier Schrader zu Braunschweig und dem Feldhüter Oberkehr zu Heddesheim, im Kr. Creuznach, das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Eigenthümer und Handelsmann Joel Loeb zu Leutesdorf, im Kreise Neuwied, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Den Kreisgerichts-Rath Hilbert in Wehlau und den Kreis-Richter Hildebrandt in Memel zu Stadtgerichts-Räthen bei dem Stadt-Gericht zu Königsberg in Preußen; so wie

Den seitherigen Superintendenten Richter in Glatz zum Konsistorial-, Regierungs- und Schul-Rath zu ernennen.

Dem Major Gottle vom 5. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 42 die Erlaubniß zur Anlegung des von des Fürsten zu Waldeck und Pyrmont Durchlaucht ihm verliehenen Militair-Verdienst-Kreuzes 2. Klasse zu ertheilen.

Resumé über die Reichstagswahlen in den norddeutschen Bundesstaaten.

Wenn es schon schwer war, in den neuerworbenen preußischen Landestheilen mit absoluter Sicherheit die Parteistellung der Reichstagsabgeordneten anzugeben, so ist es in den außerpreußischen Bundesstaaten noch viel schwerer, weil erstlich die Nachrichten von dort spärlicher eingegangen, weil ferner die Namen der Gewählten weniger bekannt sind,

und weil endlich für die einzelnen Staaten resp. freien Städte eine Menge speciellen Fragen in betracht kommen, die für ihre Parteistellung maßgebend sind. Wir erinnern hier nur an die 3 Hamburger Abgeordneten, von deren zweien, Chapeaurouge und Sloman, man nichts weiter weiß, als daß es Geldaristokraten sind, die vor allen Dingen im specifisch Hamburgischen Interesse die Freihafenstellung dieser Stadt beibehalten wissen wollen; in den übrigen Punkten kann man sie wohl als national und Preußenfreundlich bezeichnen, während der dritte Abgeordnete Hamburg's, Dr. Rée, als entschiedener Demokrat gilt.

In den übrigen Staaten haben meist national-liberale Kandidaten den betreffenden Regirrungen gegenüber gestanden.

Um dieses Gegensatzes willen werden die dortigen Regierungs-Kandidaten ohne Weiteres als Partikularisten (Vertheidiger der Kleinstaaterei) bezeichnet. Es ist jedoch mit Bestimmtheit anzunehmen, daß ebenso wie die mit Preußen verbündeten Regierungen bei den Vorberathungen der Norddeutschen Verfassung immer entschiedener ihre volle Hingebung für die große gemeine Sache bekundet haben, so auch ihre Anhänger im Reichstage, weit entfernt, das Zustandekommen der Verfassung zu hindern, vielmehr ihre aufrichtige Mitwirkung dazu gewähren werden. Auch von dort darf die preußische Regierung manche tüchtige Kraft für die Förderung der nationalen Sache erwarten. Alle Berechnungen, die auf entgegengesetzten Erwartungen beruhen, dürfen sich als irrig erweisen.

Mit dem Ausfall der Reichstagswahlen ist man in den Regierungskreisen sehr zufrieden, da aus den ersteren eine Majorität hervorgegangen ist, welche die Zwecke der Regierung zu fördern keinen Anstand nehmen wird. Das Resultat der Wahlen im ersten schleswig-holsteinischen Wahlkreise bietet einer Stimme in der „Flensburger Nordd. Ztg." Veranlassung zu einer Schlußfolgerung mit der wir uns nur einverstanden erklären können; es heißt da u. a.: „Wo hat man eine stärkere und allgemeinere Betheiligung an den Wahlen zu diesem Organe des Norddeutschen Volkes aufzuweisen als hier? Wir hatten schon gefürchtet, daß ein guter Theil unserer Mitbürger, die ein wenig nach den dänischen Raritäten jenseit der Königsau und der Belte schielten, sich der Wahlen enthalten und dadurch zu erkennen geben würden, daß sie fortan nichts mit Preußen, nichts mit dem Norddeutschen Bunde, überhaupt nichts mit Deutschland gemein haben würden — wir hatten uns geirrt. Mehr denn 18,000 würdige Männer sind zur Wahlurne geeilt und haben erklärt, daß sie sich fortan als gute Preußen, als Mitglieder des Norddeutschen Bundes betrachten, zu dessen endlicher Constituirung auch sie einen Mann aus ihrer Mitte nach Berlin entsenden wollen. Der Gegensatz von deutsch- oder dänisch gesinnt ist hiermit weggefallen; Alle wollen nur Preußen, nur Glieder des großen Norddeutschen Bundes sein. Eine Abstimmung infolge von § 5 des Prager Friedens ist hiermit wegfällig geworden; sie ist in der That schon geschehen — zu Gunsten Preußens."

In- und Ausland.

Preußen. □ Berlin, 20. Febr. Wir stehen an der Schwelle des norddeutschen Reichstages, welchem Preußen in Gemäßheit der ihm von den übrigen Bundesregierungen ertheilten Befugnisse und Ermächtigungen präsidiren wird. Die in der Conferenz vereinigten Bevollmächtigten hatten Preußen die dem Präsidium und dem Bundesrathe bezüglich des Reichstages zustehenden Befugnisse übertragen und die Krone Preußens ermächtigt, dem Reichstage den Verfassungsentwurf vorzulegen und die Verhandlungen darüber zu führen. Vor Allem wird Preußen den Reichstag eröffnen, und wie man hört, steht die Eröffnungsrede heute zur Berathung des Staatsministeriums. Sodann wird Preußen die Verhandlungen führen und auch für diesen Zweck ist bereits durch Ernennung von Commissarien Sorge getragen. Es sind zwei Hauptkommissarien ernannt, neben welchen noch für die speziellen Angelegenheiten des Bundesrathes: Heer, Marine, Eisenbahn pp. je nach Bedürfniß Spezialkommissarien ernannt werden sollen. Als erster Kommissarius wird Graf v. Bismarck als zweiter Commissarius Herr v. Savigny fungiren. Die Bureaus für den Bundesrath und für die Centralleitung werden in dem Hotel des Staatsministeriums errichtet und letzteres auch durch Herrn v. Savigny bezogen werden. Wichtige Tage stehen uns bevor, große Erwartungen werden gehegt, und Beides hat seine Bedeutung darin, daß diesen Erwartungen eine sichere Aussicht auf Erfüllung zur Seite steht. Nie trat ein Werk unter günstigeren Bedingungen, nie so fest gefugt in seinen Grundlagen ins Leben als die in dem preußischen Verfassungsentwurfe jetzt gleich der Perle in der Muschel ruhende norddeutsche Bundesgestaltung. Der Verfassungsentwurf ist überall in diesem Sinne aufgenommen worden, das oppositionelle Lager befindet sich in diesem Punkte mit den Freunden der Regierung im Einverständnisse. Auf Organe wie „Volks-Ztg." darf man hierbei freilich nicht Rücksicht nehmen. Wenn der Mond ins volle Licht tritt, bellen die Hunde. Alle namhaften liberalen Organe, auch die sonst der Regierung entschieden abstehenden, geben dem Verfassungsentwurfe einstimmig das Zeugniß, daß darin eine feste und sichere Grundlage für die Verbindung der norddeutschen Staaten gegeben sei; es sei darin auch für alle anderweiten Postulate des nationalen Lebens, die etwa noch gestellt werden sollten, von welchem Standpunkte es nun auch sei, Raum gelassen. Man vergleiche Blätter, wie „Schles. Z." „Weser-Z.", Köln. Ztg."; letztere ist von der eminenten Stellung, welche Preußen im Bundespräsidium erlangt hat, so lebhaft ergriffen, daß sie emphatisch ausruft: eine solche Macht habe niemals ein deutscher Kaiser gehabt! Die Emphase ist in diesem Falle berechtigt, in der That, wird sich nicht nachweisen lassen, daß den deutschen Kaisern eine so weit gehende Machtbefugniß zu einer Zeit gegeben war, wie sie jetzt in die Hand des Bundespräsidiums gelegt ist. — In einem eigenthümlichen Parallelismus zu den Kundgebungen der liberalen Presse über Preußens Stellung zu dem norddeutschen Verfassungswerke befindet sich die auf die Wahlergebnisse bezüglichen Aeußerungen, welche von derselben Seite jetzt fallen. Zwischeninne fehlt es dabei nicht an komisch wirkenden Contrasten, bezüglich deren wir hier nur an die „von Stunde zu Stunde wachsenden entschieden liberalen Wahlergebnisse" erinnern, welche das „Frankfurter Jour." noch vor einigen Tagen verkündete. Diesem Blatte ist auf dem Gebiete der Wahlergebnisse gewissermaßen die Rolle der Volks-Ztg." zugefallen. Wie letztere sich in ihren Vorhersagungen eines für Preußen ungünstigen Ausganges der norddeutschen Conferenz, eine Sackgasse construirt hat, so hat das „Frankfurter. J." sich in seinen falsch berechneten Wahlberichten ein Labyrinth geschaffen, aus welchem es nun keinen Ausweg finden kann. Dagegen gewährt die Haltung der übrigen Oppositionsblätter auch in dieser Sphäre das Bild einer ungetheilten Uebereinstimmung in dem Eingeständnisse, daß die gouvernementale Partei den Sieg der Wahlen für den norddeutschen Reichstag erlangte. Wir heben in diesem Belange neben den vorgedachten Blättern noch insbesondere die „Elberf. Ztg." und die „Magdeb. Ztg." hervor, welche jede in ihrer Weise nicht nur die Niederlage der eigenen Partei bei den Wahlen constatiren, sondern der letzteren auch die Fähigkeit absprechen, in der Minorität den Zusammenhalt der Kräfte zu bewahren. Der Vorschlag einer Coalition der antigouvernementalen Elemente wird von der „Elberf. Ztg." als ein trügerischer abgewiesen. Das Conglomerat dieser Elemente: Democraten, Liberale, Particularisten, Ultramontanen, Polen u. s. w. würde im entscheidenden Moment doch sogleich auseinanderfallen. Das Häuflein der Liberalen könne unter solchen Umständen nur durch eine für sich abgesonderte Stellung seine Zukunft retten. Wir halten auch dieses Auskunftsmittel für unzureichend und wie sehr die liberale Partei selbst ihre Sache als eine verlorene ansieht, beweist die Aufnahme, welche die Mahnung der „Elberf. Z." findet. Man läßt nicht davon ab, in den vorbezeichneten anderweiten antigouvernementalen Kreisen den Halt zu suchen, den man in sich selbst nicht mehr finden kann. Man liebäugelt mit den hannoverschen und schleswig-holsteinischen Particularisten. Ein Ertrinkender sucht sich an den anderen festzuhalten. — Die Wahlergebnisse der Elbherzogthümer geben zugleich ein Bild der künftigen Abstimmung der nördlichen Distrikte Schleswigs über die im Prager Frieden noch offengelassene Grenzfrage. Man kann annehmen, daß die Stimmung, die sich jetzt gezeigt, auch für die Entscheidung jener Frage maßgebend sein wird. Sie war eine der deutschen Sache ziemlich günstige, denn von den vier Wahlen Schleswigs standen zwei entschieden auf deutscher Seite, während die beiden andern (Flensburg und Apenrade) nicht unerhebliche Minoritäten für Deutschland aufstellten. Im ersten Wahlbezirk war keine dänische Candidatur vorhanden, im zweiten Wahlbezirk erhielt ein dänischer Candidat nur 18% der Stimmen. Im dritten und vierten Wahlbezirk wurden dänische Candidaten mit 51 resp. 80 pCt. durchgebracht. — Das „Avenir National" schreibt Hrn. v. Bismark die Absicht zu, daß er sich nach Stuttgart begeben werde, um daselbst der parlamentarischen Opposition gegen den Abschluß einer Militair-Convention entgegenzuwirken. Er habe zu diesem Zweck sehr erhebliche Zugeständnisse für den Abschluß eines Handelsvertrages mit der Württembergischen Regierung in Bereitschaft. Die Independance druckt diese Nachricht nach und man kann sich nur wundern, wie Blätter von diesem Range sich so gröblich dupiren lassen konnten. Zollverhandlungen pflegen durch den Minister-Präsidenten in Person nicht geführt zu werden; außerdem ist ja bekannt, daß im Zollverein Handelsverträge mit einzelnen Regierungen nicht abgeschlossen werden dürfen. — Zu dem heutigen 50jährigen Doctor-Jubiläum des Professor Ranke erhielt derselbe den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse. Der Herr Cultusminister überreichte dem Jubilar persönlich die Insignien des Ordens unter Hinzufügung seiner eigenen Glückwünsche.

□ Berlin, 21. Febr. Die gestrigen offiziösen Abendblätter meldeten, daß der Herr Ministerpräsident sich in einem leidenden Zustande befände. Die Nachricht brachte eine allgemeine Ueberraschung hervor. Nichts desto weniger will ein Theil der heutigen Morgenpresse Gerüchte damit in Verbindung bringen, welche die Vermuthung aufkommen lassen könnten, als ob jene Nachricht die staatsmännische Thätigkeit des Grafen von Bismarck während der gegenwärtigen wichtigen Epoche berühre. Zunächst liegt auf der Hand, daß die heutige Morgenpresse von dem Unwohlsein des Herrn Ministerpräsidenten keine weitere Kunde haben konnte, als die von der gestrigen Abendpresse gebrachte und das von der ersteren der gestrigen Abendnotiz Hinzugefügte unmöglich authentisch sein kann. Schon der Umstand, daß die Nachricht von dem Unwohlsein zuerst von der offiziösen Presse in die Oeffentlichkeit gebracht worden, läßt erkennen, daß hier jede politische Tendenz fern liegt. Gewiß ist, daß das Unwohlsein des Herrn Ministerpräsidenten keine ernsten Besorgnisse begründet. Bei alledem erscheint nothwendig, daß derselbe sich jede mögliche Schonung gönne. Es ist nicht das erste Mal, daß die Hinweisung auf die Gesundheitsrücksichten, die der Herr Ministerpräsident zu nehmen hat, vornehmlich und in erster Linie von der offiziösen Presse ausging. Damit ist das richtige Verständniß der gestrigen Abendnotiz einfach durch die Analogie der früheren Fälle gegeben. Wie damals, handelt es sich auch jetzt wieder nur darum, dem Herrn Ministerpräsidenten die Zurückweisung der durch seine gesellschaftliche Stellung etwa entstehenden Störungen seiner gegenwärtigen wichtigen amtlichen Arbeiten zu erleichtern. Die Zurückhaltung, die dem Herrn Ministerpräsidenten dadurch auferlegt ist, berührt in keiner Weise seine amtliche Thätigkeit, sondern ausschließlich nur die Anstrengungen, welche seine gesellschaftliche Stellung mit sich bringt und welchen in einer so wichtigen Epoche wie die gegenwärtige, jene erstere am allerwenigsten geopfert werden darf. — Im Landes-Oeconomie-Collegium ist von Dr. Engel ein Vorschlag eingebracht worden, welcher darauf gerichtet ist, eine andere Organisation der statistischen Thätigkeit herbeizuführen. Als Hauptgrundsatz wird hingestellt, daß die Statistik nach ihren verschiedenen Geschäftszweigen decentralisirt werden müsse. In den Motiven spricht Dr. Engel sein Bedauern darüber aus, daß es bei den Behörden an den nöthigen Kräften zur Durchführung seines Planes fehle. Er glaubt, daß diesem Mangel abgeholfen werden könne und bringt für diesen Zweck in Vorschlag, ein Netz von statistischen Vereinen über ganz Preußen zu legen. Die Möglichkeit des Planes wird unter Hinweisung auf Italien begründet, wo ein solches Netz bestanden habe. Ferner wird dafür die Privatthätigkeit angeführt, welche im Jahre 1864 in Preußen bei der Viehzählung mitgewirkt und schon damals die Bedeutsamkeit der statistischen Hülfsmittel habe erkennen lassen, die die Privatthätigkeit dem Staate zu gewähren vermöge. — Seitens der Regierung kam bei dem Landes-Oeconomie-Collegium die Rinderpestfrage zur Sprache, bezüglich deren schon in der vorigen Session eine Aenderung der betreffenden Gesetzgebung in's Auge gefaßt war. Jeder Viehbesitzer sollte einen Beitrag zum Zweck einer Versicherung leisten, die dann auf Gegenseitigkeit gegründet und unter die Leitung des Staates gestellt werden könnte. Seitdem ist eine anderweite Regelung angebahnt worden, welche der drohenden Gefahr durch Verordnungen begegnen soll. Letztere würden auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 eine Entschädigung bei Viehtödtungen gewähren, die in Folge der Rinderpest verfügt werden. Für krankes Vieh soll ein $^2/_3$ des Werthes, für gesundes Vieh, welches der Tödtung anheimfiel, der volle Werth ersetzt werden. Derartige Verordnungen sind bereits für die Regierungsbezirke Düsseldorf, in Westfalen und neuerdings auch für Hannover erlassen worden

— In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung fand die Einführung der neugewählten Stadträthe (Reichenheim, Henning ꝛc.) statt. Der Oberbürgermeister warnte in seiner Ansprache vor dem Gemeindewesen fremde Bestrebungen. Der Stadtverordneten-Vorsteher begrüßte es als ein freudiges Ereigniß, daß die Regierung durch die Wahlbestätigung den Rechtsstandpunkt der Stadtverordneten gewahrt habe.

— Der Finanz-Minister hat eine Anweisung in Betreff des Verfahrens zur Auszahlung der gesetzlich festgestellten Gebäudesteuer-Entschädigungsbeträge erlassen. Danach werden letztere in baarem Gelde aus der Staatskasse geleistet und von dem Zeitpunkte ab, wo die Gebäudesteuer erhoben ist, mit Fünf vom Hundert verzinst. Die Verzinsung hört mit dem Ablaufe einer zehntägigen Frist nach Behändigung der ersten anerkennenden Entscheidung auf. Die Anweisung zur Auszahlung der festgestellten Entschädigungsbeträge nebst Zinsen erfolgt in jedem einzelnen Falle durch den Finanz-Minister, sobald seitens der Entschädigungs-Berechtigten die Erklärung abgegeben worden ist, daß sie sich wegen ihres Entschädigungs-Anspruches mit dem in der Entscheidung anerkannten Entschädigungsbetrage unter Verzichtleistung auf jede Mehrforderung für befriedigt erachten. Wenn gegen die Schlußentscheidung des Finanz-Ministers der Rechtsweg beschritten wird, erfolgt die Zahlungs-Anweisung erst nach der rechtskräftigen richterlichen Entscheidung.

— Eine Verfügung des Handelsministers bezweckt die Erleichterung des Besuchs der Pariser Ausstellung. Es sind nämlich die Königl. Eisenbahn-Directionen in den alten Provinzen, sowie die Eisenbahn-Direction in Wiesbaden und die Direction der Bebra-Hanauer Bahn in Kassel benachrichtigt worden, daß die Regierung auf den Staatsbahnen für die Zeit der Ausstellung zur directen Reise nach Paris und zurück Billets zu einem bis auf die Hälfte ermäßigten Fahrpreise für die Wagen 1., 2. und 3. Klasse ausgeben lassen will, falls die Anschlußbahnen sich zu einer gleichen Ermäßigung verstehen. Die Billets sollen eine vierwöchentliche Gültigkeit haben, und es soll den Inhabern auch eine Unterbrechung der Reise auf gewissen Stationen verstattet sein. (N. A. Z.)

— Der Leitartikel der Mittwochs-Nummer der „Zukunft", welcher eine Betrachtung über das Wahlresultat enthält, läßt sich zu Zugeständnissen herbei, die wir registriren zu müssen glauben. Das demokratische Blatt sagt:

„An den gesammten liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses hatte das Volk „keine Freudigkeit" mehr."

Von dem Blatte, welches die Herrschaft des Volkes als sein Ziel bezeichnet, sollte man erwarten, daß es sich dieser „Volksstimmung" ohne Murren fügen würde, wie kommt also das demokratische Blatt im Verlaufe des Artikels zu der Anmaßung, seinen Herrn und Meister, das „souveraine Volk" zur Freiheit erziehen zu wollen? Wie stimmt das Stadium der Erziehungsbedürftigkeit zu der angeblichen Eigenschaft des Souverains.

Ueber den Umschlag in der Volksstimmung aber, auf den wir schon lange hingewiesen, der trotz seiner Offensichtlichkeit von den Gegnern aber mit erstaunlicher Hartnäckigkeit geleugnet wurde, werden wir uns auf dies demokratischste Blatt berufen dürfen, welches am Schlusse seines Artikels erklärt:

„Heute tritt mit aller Nüchternheit die Wahrheit hervor, daß der Umschlag der Stimmung die Massen ergriffen hat — die Massen, welche man versäumt hat, mit politischem Geiste zu erfüllen."

Noch gestatten wir uns an die „Zukunft" eine Frage: Wer oder was ist dieses undeutliche „man", durch welches in die Massen politischer (d. h. wohl „der Herren eigener") Geist gefüllt werden soll? Begreift dieses „man" gewisse demokratisch gesinnte Koryphäen, dann wären wir nach der „Zukunft" ja glücklich dahin gelangt, daß unter der Firma des souveränen Volks eine Gesellschaft souveräner Demagogen die Herrschaft führen würde!

So ehrlich meint es die demokratische Partei mit der Volksherrschaft!

— (Zur Weltausstellung.) Der französische „Moniteur" bringt eine Verordnung des Staats- und Finanzministers, Vicepräsidenten der Ausstellungs-Kommission, Herrn Rouher, worin allen Ausstellenden angezeigt wird, daß, da die Gebäude des Universal-Ausstellungspalastes soweit vollendet sind, daß der Unterbringung der eingesandten Gegenstände durchaus nicht das geringste Hinderniß mehr im Wege liegt, die Einlieferung zur vorgeschriebenen Zeit erfolgt sein muß. Es heißt in diesem namentlich für auswärtige Aussteller besonders zu beachtenden Erlaß, nachdem eine genaue Uebersicht der vollendeten Baulichkeiten gegeben worden ist, folgendermaßen: „In Betracht, daß bei früheren Ausstellungen eine gewisse Anzahl Ausstellender die Einsendung ihrer Produkte bis über den Eröffnungstag hinaus verzögert haben, sei es aus Nachlässigkeit, sei es, um der Jury frischer ausgepackter Gegenstände, die einen vortheilhafteren Anblick gewährten, vorlegen zu können, und daß die pünktlicheren Aussteller sich darüber beschwert haben, daß ihre Einrichtung so ihren weniger beeilten Nachbaren als Muster gedient haben.

In Betracht, daß es Pflicht der kaiserlichen Kommission ist, die pünktlichen Aussteller gegen die Uebelstände dieser Art, die sich wiederholen könnten, zu schützen und daß sie folglich die Bestrafungen bezüglich der Nichtbeachtung der durch's allgemeine Reglement festgestellten Frist genau festhalten muß;

In Betracht endlich, daß man im Auslande so wie in Frankreich selbst dabei beharrt zu behaupten, daß die kaiserliche Kommission den Eröffnungstag verschieben wird, daß es mithin darauf ankommt, die Aussteller vor dergleichen irrigen Behauptungen sicher zu stellen und sie hierdurch vor bedenklichen Enttäuschungen zu wahren, wird verfügt:

Art. 1. Die kaiserliche Kommission wird am 11. März die Plätze besichtigen und eine Liste derjenigen Aussteller aufnehmen, deren Produkt nicht in den Bezirk des Marsfeldes gebracht worden sind.

Art. 2. Die Klassen-Jurys werden am 29. März die allgemeine Inspektion vornehmen und sie werden eine Liste derjenigen Aussteller aufnehmen, deren Einrichtung nicht vollständig vollendet und mit Produkten versehen sein wird.

Art. 3. Die auf diesen beiden Listen aufgeführten Aussteller werden nicht zur Bewerbung für die Belohnungen zugelassen werden."

— Nach dem „Thorner Wochenbl." finden im Augenblicke in Berlin Konferenzen statt, welche zum Zweck haben, die beste Art und Weise festzustellen, in welcher das preußische Eisenbahnnetz in eine innigere Verbindung mit dem russischen gebracht werden könne.

Oesterreich. Wien, 21. Febr. Gegenüber den Mittheilungen verschiedener Journale, welche die Reise des Kronprinzen von Italien nach Wien als vorläufig aufgegeben bezeichneten, versichert die „Presse", daß der Prinz noch im Laufe dieses Monats hierselbst eintreffen wird. — Die Ernennung des Grafen Taaffe zum Minister des Innern wird, der „Neuen freien Presse" zufolge, als unmittelbar bevorstehend angesehen.

Frankreich. Paris, 21. Febr. Ein Börsenanschlag veröffentlicht folgende in New-Orleans aufgegebene Depesche des Generals Castelnau.

Vera Cruz, 14. Febr. Die am 5. Februar vollzogene Räumung der Hauptstadt hat nur sympathische Kundgebungen hervorgerufen. Der Rückzug fand in der größten Ordnung statt und ohne daß ein

Schuß gefallen ist. Der Kaiser Maximilian bleibt in der Hauptstadt. Dieselbe ist ruhig. Das belgische Korps und das französische Linienregiment 81 werden auf drei Transportdampfern eingeschifft, deren Ankunft im Hafen von Vera-Cruz für den 18. d. signalisirt ist. Die Einschiffung wird ohne Unterbrechung stattfinden. Der Gesundheitszustand der Truppen ist vortrefflich. Ich begebe mich an Bord des Postdampfers, der heute nach Europa zurückkehrt.

Paris, 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Corps legislatif haben die Bureaux die Autorisirung ertheilt zur Interpellation über die Abänderung des November-Dekrets bezüglich der Adreßdebatte, sowie über das Cirkular des General-Postdirektors Vandal. Die Interpellation über den letzteren Gegenstand wird bereits morgen zur Erledigung kommen, die über das November-Dekret am nächsten Montag.

Paris, 20. Febr. Der „Abendmoniteur" knüpft in seinem Bulletin an die Darlegung der Lage des Kaiserreiches an und sagt: Frankreich sei stark genug, um die Schwäche keines Nachbarn zu wünschen; es sei überzeugt, daß das Prinzip der Solidarität überall an die Stelle des egoistischen, exklusiven Geistes der früheren Zeiten treten müsse. Frankreich glaube, daß der Fortschritt jeder einzelnen Nation allen übrigen zu Gute komme, und daß die allgemeinen Interessen über die besonderen das Uebergewicht haben müssen. Die civilisatorische Idee durchdringe und bestimme die Beziehungen der kaiserlichen Regierung zu den fremden Mächten.

Aus New-York vom 19. d. bringt das amtliche Blatt folgende Meldung: Juarez marschirt auf Mexiko; Kaiser Maximilian wird die Hauptstadt vertheidigen. Die imperialistische Armee soll 30,000 Mann stark sein. Das Gerücht geht, die Juaristen seien bisher überall Sieger geblieben.

Paris, 19. Febr. Die Revue des deux Mondes ist bei der Thronrede des Kaisers von sehr getheilten Gefühlen erfüllt. Dies begreift sich bei den orleanistischen Sympathieen, die noch immer bei der Chronique dieses Blattes mitspielen. Preußen ist diesen Politikern einer andern Zeit ein Gräuel „Als der Prophet von St. Helena", äußert Forcade mit bitterm Grolle, „noch in der Lage war, Europa Gesetze zu dictiren, kam es ihm nie in den Sinn, Deutschland sich geographisch in der preußischen Agglomeration concentriren zu lassen; er hatte die Gewohnheit, und wir wollen ihn darum keineswegs loben, Preußen einen anderen Weg zu führen, und würde niemals erwartet haben, daß er der Vorläufer des Herrn v. Bismarck werden solle." Ei freilich, Napoleon I. war eben, weil er Preußen einen anderen Weg führen wollte, nach St. Helena abgeführt. Daß Frankreich in Folge des Gelingens der deutschen Umgestaltung „sich gezwungen sieht, seine Militär-Einrichtungen zu verbessern und sich dadurch so schwere, wie unverhoffte Opfer aufzuerlegen", findet Forcade entsetzlich; doch hätte der Kaiser nicht darauf Bedacht genommen, fände er es wahrscheinlich noch entsetzlicher. So geht es, wenn man Opposition um jeden Preis machen will. Mit dem Theile der Thronrede, der sich auf die innern Reformen bezieht, ist Forcade besser zufrieden, und vielleicht wird er auch die Siege Preußens gelinder beurtheilen lernen, wenn er sich von der Wahrheit durchleuchten läßt, daß das Januar-Decret so wenig den Franzosen mehr Freiheiten gebracht hätte, wie den Italienern die Befreiung Venetiens in den Schooß gefallen wäre, wenn die preußischen Waffen bei Sadowa eine eben so tiefe Niederlage erfahren hätten, wie sie einen hohen Triumph deutscher Kraft und Hingebung gefeiert haben.

Italien. Triest, 21. Febr. Mit der Levantepost eingetroffene Nachrichten melden aus Konstantinopel vom 16. d., daß Lord Stratfort in außerordentlicher Mission daselbst erwartet werde.

Aus Athen wird vom 16. d. mitgetheilt, daß Ranicri als griechischer Bevollmächtigter nach London gehe, um wegen des neuen griechischen Anlehens zu unterhandeln. Der von der griechischen Regierung angekaufte Schnelldampfer „Arkadion" (früher unter dem Namen „Alabama" im Besitz der konföderirten amerikanischen Südstaaten) ist in Syra angekommen.

Triest, 21. Febr. Nach hier eingelaufenen Mittheilungen aus Athen vom 17. d. ist der griechische Dampfer „Panhellenion" glücklich von Cerigo nach Kandia entkommen, ohne von türkischen Kriegsschiffen belästigt zu werden.

England. London, 21. Februar. Die Prinzessin von Wales genoß gestern eines erfrischenden Schlafes. Die neugeborne Prinzessin befindet sich wohl.

Die gestern gemeldete Störung des Telegraphenbetriebs zwischen London und Valentia ist beseitigt.

In Hastings (südlicher Theil von Kanada) sind neuerdings neue Goldlager entdeckt.

London, 21. Febr. Das Befinden der Prinzessin von Wales macht zufriedenstellende Fortschritte.

Die Direktoren der anglo-amerikanischen Telegraphengesellschaft haben vorbehaltlich der Zustimmung der atlantischen Telegraphen-Gesellschaft vorgeschlagen, die Gebühr für ein einfaches Telegramm vom 1. März ab auf 5 Pfd. St. herabzusetzen.

Rumänien. Bukarest, 21. Febr. Fürst Karl hat die Demission des Kriegsministers Obersten Haralambi angenommen, und an seiner Stelle den General Ghergel ernannt.

Rußland. Petersburg, 20 Febr. Das „Journal de St. Petersbourg" nimmt Veranlassung, in Bezug auf den orientalischen Passus der Eröffnungsrede des Kaisers Napoleon zu konstatiren, daß die jetzt auch französischerseits anerkannten friedlichen Absichten Rußlands immer dieselben gewesen. Rußland habe sich die Unterstützung der friedlichen und fortschrittlichen Entwickelung der christlichen Bevölkerungen des Orients jederzeit zur Aufgabe gestellt, es sei bemüht gewesen, den Erschütterungen vorzubeugen, welche die Ereignisse an der Donau hervorrufen mußten. Von dem Momente an, da die anderen europäischen Mächte diesen Ereignissen ihren Lauf ließen, hatte Rußland nur die Sympathieen für seine Glaubensbrüder im Auge. Es gab in versöhnlichem Sinne der Pforte Rathschläge, aber ehe eine Verständigung erzielt werden konnte, floß Blut. Die Mächte Europa's schlossen sich den russischen Ansichten nicht an, sie theilten Rußlands Intentionen entweder gar nicht, oder nur theoretisch.

Nach der Rede des Kaisers Napoleon habe für die französische Politik eine Umkehr stattgefunden. Ohne darüber zu rechten, welche Macht sich der anderen angeschlossen, empfinde Rußland Befriedigung, Frankreich nunmehr auf seinem und dem Wege zu sehen, der ein Ende für die Kalamitäten des Orients hoffen lasse.

Man nimmt allgemein an, daß der vorstehend excerpirte Artikel die Anschauungen des Gouvernements wiedergiebt.

— Der in Petersburg erscheinende „Courrier Russe" meint, die Hauptschwierigkeit der orientalischen Frage liege darin, daß man nicht wisse, was aus Konstantinopel werden solle, da keine Macht der anderen den Besitz dieser Stadt gönne. Dem sei aber leicht abzuhelfen; man brauche Konstantinopel nur zur „freien Stadt" à la Hamburg, Lübeck und Bremen zu erklären.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 22. Februar

(Wahlhistörchen.) Uns geht noch nachträglich folgendes Histörchen zu, welches sich bei der letzten Wahl im Gewerbehause ereigneten und das einen Beitrag zur Kenntniß der Mittel bietet, die die andere Partei für ihre Zwecke in's Werk zu setzen nicht unter ihrer Würde hält. Der Schuhmachermeister Keichel, Breitgasse 41 wohnend, begab sich zur Ausübung seiner Pflicht in das Wahllokal, woselbst er den Pumpenbohrer B., Langebrücke, antraf, der ihn aufforderte, ihm seinen Wahlzettel vorzuzeigen und diesen sofort verschwinden ließ und durch einen andern Zettel mit dem Namen eines demokratischen Kandidaten ersetzte. Der Polizei-Kommissarius wußte auf die ihm vorgetragene Klage nur zu antworten, daß jener sich den Zettel nicht hätte nehmen lassen sollen(!), und wußte dem Gekränkten weiter nicht zu seinem Rechte zu verhelfen, als daß er ihm Dinte und Feder bot, um sich einen andern Wahlzettel zu schreiben. Möchten doch bei der am Montag stattfindenden Wahl dergleichen Dummheiten von Seiten der Herren Fortschrittler unterlassen werden und die Polizei die Veranstalter solcher nicht besonders geistreichen Scherze in die gebührenden Schranken verweisen.

— (Aus Berlin) geht uns von Hrn. Alexander Duncker ein zum Besten der Victoria National-Invaliden-Stiftung herausgegebenes schwungvolles patriotisches Gedicht „Durch Nacht zum Licht" mit dem Motto:

Seid Ihr erst einig bis zum Main
Wird's bald das ganze Deutschland sein

zu, welches wir den Lesern dieser Zeitung empfehlen können. Das Gedicht ist in jeder Buchhandlung vorräthig und für 2 Sgr. zu haben.

(Vorgestern sollte in Langenau die Parzellirung) eines bäuerlichen Grundstücks durch den Kaufmann Levy aus Elbing vor sich gehen, wozu sich eine Anzahl Parzellenläufer eingefunden hatten. Da Parzellirungen gesetzlich aber nur mit Bewilligung der zuständigen Behörde vorgenommen werden dürfen, so fragte das Schulzen-Amt dieserhalb beim Königl. Landrathsamte an und erhielt die Weisung, die Konzession hierzu, durch das Königl. Domainen-Rent-Amt prüfen zu lassen. Herr Levy besaß jedoch keine Konzession, weshalb das Parzellirungs-Geschäft inhibirt wurde. Wie der Besitzer den Kaufvertrag nunmehr rückgängig machen wird, ist eine zweite Frage und noch nicht abzusehen, da darin gegen eine enorm hohe Kaufsumme, die wohl geeignet gewesen, das Geschäft zu fördern, die Räumung zum 1. Mai c. ausbedungen ist, bis wohin durch den parzellenweisen Verkauf die Kaufsumme und noch ein erklecklicher Gewinn erzielt werden sollte. Wie wir erfahren, ist auch in Osterwiek ein ähnliches Geschäft durch jüdische Händler abgeschlossen worden, wobei die Käufer den Kaufvertrag in größter Eile vollzogen, um nicht die Reisegelegenheit zu versäumen. Hinterher sollen aber dem Verkäufer die Augen erst geöffnet worden sein, über den kniffligen Inhalt der Paragraphen. Wir können die ländlichen Besitzer nicht genugsam vor solchen unüberlegten Verkaufsabschlüssen warnen, da dieselben in der Regel der Schlauheit solcher Grundstücksschlächter nicht gewachsen sind. Hinterher kann das Gesetz solchen gehörig verklausulirten Verträgen gegenüber, die Verkäufer nicht mehr schützen.

(Gerichtsverhandlung vom 21. Februar). 1) Der Eigenthümer Klawitter aus Ohra ist angeklagt, im Oktober pr. bei Gelegenheit der Kartoffelernte, die im schwangeren Zustande befindliche Frau Nitsch, welche in der Mittagszeit aufs Kartoffelsammeln ausging, so gemißhandelt zu haben, daß dieselbe in Folge dessen abortirte. Durch die Zeugenaussagen wird die Anklage jedoch völlig entkräftet und Klawitter folglich freigesprochen. 2) Das Dienstmädchen Julie Naudien wird von der Anklage, dem Fabrikanten Hoffmann eine Rolle seidenes Band gestohlen zu haben, freigesprochen. 3) Am 10. Dezember pr. waren die K. Steuerbeamten Wottke und Baranowski am Wasserbaum postirt, um Steuerdefraudationen zu verhindern. Während dieselben ihren Patrouillenweg verfolgten, kamen ihnen die Arbeiter Gersdorf'schen Eheleute entgegen, von denen die Frau augenscheinlich sich eines Beutels Mehl entledigte und selbigen an mehrere Arbeitsleute abgab. Bevor noch die Beamten die Beschlagnahme des Defraudationsobjektes veranlassen konnten, sahen sie sich von einem Knäuel Arbeitsleute umringt, unter denen vorzugsweise Gersdorf sich gemeiner Schimpfreden gegen die Beamten bediente. Von allen Seiten bedroht, zogen sich die Beamten unter dem Schutz ihrer Waffen zurück. Kurze Zeit darauf lief bei der Königlichen Staatsanwaltschaft eine Denunciation wider den Steueraufseher Wottke wegen Verletzung der Schamhaftigkeit bei Vornahme der steueramtlichen Revision vom 10. Dez. pr. ein, welche von den Gersdorf'schen Eheleuten unterzeichnet, und wie sich im Laufe der heutigen Verhandlung herausstellte, aus Rache eingebracht war, weil Wottke die Gersdorfschen Eheleute wegen Beamtenbeleidigung zur Anzeige gebracht hatte. Der hohe Gerichtshof verurtheilt den Arbeiter Gersdorf wegen Beamtenbeleidigung zu 3 Wochen Gefängniß und die Ehefrau desselben wegen wissentlich falscher Denunciation zu 3 Monaten Gefängniß. — 4) Am 30. Januar c. drang der vagabondirende Arbeiter August Käse im trunkenen Zustande bettelnd bis in die Zimmer des Hrn. Geheimrath Spittel ein und wurde wegen dieser Frechheit zur Rede gestellt nicht nur höchst brutal, sondern beschimpfte sogar den Hausherrn. Dem hinzugerufenen Gensdarm setzte Käse lebhaften Widerstand entgegen und mußte gebunden ins Gefängniß abgeliefert werden. Käse wird zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt. 5) Am 21. Dezbr. p. waren die Arbeiter Karl Maaß und Gustav Buhr in der Breitgasse zum Holzhauen engagirt, benutzten aber diese Arbeitszuwendung um nebenbei zu stehlen, indem sie acht Kloben Holz unter die Beischlagstreppe verbargen und nach und nach davontrugen. Jeder der Diebe wird mit 14 Tagen Gefängniß bestraft. 6) Das Mädchen Emilie Panten wird wegen wörtlicher Beleidigung eines Schutzmanns in contumaciam zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt. 7) In der Nacht vom 26. zum 27. Januar c. Nachts 12 Uhr hörte der Bahnhofswächter Lämmerhirt dumpfe Töne vom Güterschuppen herüber dringen und ertappte dort den ehemaligen Wächter Johann Lemke, welcher mit elf Brechwerkzeugen bereits ein Fenstergitter zum Einsteigen vorgerichtet hatte. Der des Diebstahls mittelst Einbruch angeklagte Arbeiter Lemke giebt an, bei seiner Entlassung aus dem Eisenbahndienst in Folge seiner Aufführung, ein schlechtes Zeugniß erhalten zu haben und deshalb stets brodlos gewesen zu sein, weshalb er aus Rache eine Beschädigung der Königl. Dienstgebäude vorgenommen, aber keineswegs die Absicht zu stehlen gehabt habe. Da die Gesichtszüge des Angeklagten für dessen erlittene bittere Noth zu deutlich sprechen, trifft ihn die mildeste Strafe für sein Vergehen, 9 Monat Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust und Polizei-Aufsicht. 8) Die Wittwe Menge geb. Durand ist geständig im Dienst des Kaufmanns Neumann im Januar c. aus einer offenen Komode 2 Thlr. und aus der Küche einen silbernen Löffel gestohlen zu haben und wird mit 4 Wochen Gefängniß bestraft.

L. Thorn, 21. Febr. Das Wahl-Resultat des diesseitigen Wahlkreises ist Ihnen bekannt; was ich befürchtete, ist eingetroffen, die Uneinigkeit der Deutschen hat zwar nicht den Sieg der Polen, aber doch die Nothwendigkeit einer engeren Wahl herbeigeführt. Freilich wird das letztere Resultat hier noch immer für günstig gehalten, insofern es allen Anstrengungen der Polnischen Partei zum Trotz die Ueberlegenheit der Deutschen auch an Zahl darthut, aber auch insofern ist man hier zufrieden, als man beim Eintreffen der ersten Wahlnachrichten namentlich aus dem Culmer Kreise, nicht ohne Grund den Sieg der Polen fürchtete.

Von 19,556 Wählern haben gestimmt:
für den liberalen Kandidaten Hrn. Dr. Meyer 7181,
für den konservativen Herrn von Sänger 2789,
für den polnischen Kandidaten Herrn von Czarlinski 9,662.
Zersplittert sind 24 Stimmen.

Jetzt kommt es also nicht nur darauf an, daß zu der auf den 28. d. Mts. angesetzten engeren Wahl die Deutschen wiederum vollzählig erscheinen, sondern jetzt ist es weiterhin auch Pflicht, daß alle, ohne Stimmenzersplitterung, die jetzt nur den Polen zu Gut kommen würden, für den liberalen Kandidaten, der einmal die überwiegende Mehrzahl auf seiner Seite hat, stimmen. Die Majorität der Deutschen ist derart, daß wir keine Stimme entbehren können. Die Altliberalen haben bereits öffentlich erklärt, daß sie für Dr. Meyer stimmen wollen, und auch die Konservativen werden sich nicht länger sträuben, diesem Beispiele zu folgen, da sie unmöglich den Sieg der Polen wollen können. So schwer es dem Einzelnen werden mag, von seinen konservativen Prinzipien abzuweichen, hier, in dem Kampfe der Nationalitäten, bleibt nichts weiter übrig, als mit der Mehrheit zu gehen. Außerdem ist auch Herr Dr. Meyer, obgleich lieberaler Kandidat, doch eine viel zu geistvolle Natur, als daß er mit dem Schwarm der Fortschritts-Partei durch Dick und Dünn gehen sollte. Von ihm ist also, wenigstens was die nationalen Bestrebungen anbelangt, sicher das Beste zu erwarten. — So wollen wir denn am 28. nochmals insgesammt an der Wahlurne erscheinen, und unsere Stimme dem deutschen Manne, mag er konservativ oder liberal gesinnt sein, ohne Bedenken geben. Sich der Stimme enthalten, wie die Konservativen übrigens wohl nur gedroht haben, hieße hier soviel, als mit den Polen stimmen.

L Thorn, 21. Febr. Das Wasser der Weichsel ist frei, und auf dem Strom zeigt sich das Leben der Schifffahrt. Wenngleich das Geschäft noch nicht recht erblühen kann, was die auswärtigen Märkte bedingen, so ist doch für dieses Jahr eine bessere Aussicht vorhanden als 1866. Wenn nur unsere unglücklichen Grenz-Verhältnisse nicht wären, wie würde sich hier Handel und Wandel ausbreiten können So aber ist es in dieser Beziehung schon seit Anfang v. Js. hier sehr still, seitdem die Reorganisation der Russischen Zollämter die Grenze noch hermetischer verschlossen hat, als früher. Nur die Bahn hat durch ihre Verbindung mit Warschau etwas zu thun.

Handel und Verkehr.

Stettin, 21. Februar. (St.-Anz.) Weizen 76—85 bez., Frühjahr 82½—83 bez., Roggen 54—55½ bez., Frühjahr 53 bez. u. G., Rüböl 11⅓., Februar 11¼, April-Mai 11 5/12 bez. Spiritus 16⅓, Februar 16¼, Frühjahr 16⅜ bez.

Berlin, 21. Februar. (St.-Anz.) Weizen loco 70—84 Rt. nach Qualität, bunt galiz. 76 Rt., bunt poln. 80 Rt. bez. weißb. desgl. 82 Rt. ab Bahn bez., Lieferung pr. Februar 74 Rt. nom., April-Mai 75—½—75 Rt. bez., Mai-Juni 76½ Rt. bez., Juni-Juli 77 Rt. bez.

Roggen loco 78—79 ℔. 54¾—55½ Rt. ab Bahn bez., 79—80 ℔. 55¼—56 Rt. do., feiner 81—83 ℔. 56¼—57 Rt. do., pr. Februar 55¼ Rt. Br., 55 G., Februar-März 54½ Rt. bez., Frühjahr u. Mai-Juni 55¾—53—⅛ Rt. bez. Br. u. G., Juni-Juli 53¾—¼ Rt. bez. u. G., Juli-August 52½ Rt. bez.

Hafer loco 26—29 Rt., schles. 27¾—28½ Rt., poln. 28 Rt. ab Bahn bez., pr. Februar u. Februar-März 27½ Rt. Br., Frühjahr 27½ Rt. bez. Mai-Juni 28 Rt. Br., Juni-Juli 28½ Rt. bez.

Rüböl loco, 11½ Rt. Br., pr. Februar u. Februar-März 11 5/12 Rt. bez., März-April 11½ Rt. Br, April-Mai 11 13/24—½ Rt. bez. u. G., 13/24 Br., Mai-Juni 11 7/12 Rt. Br.

Leinöl loco 13¾ Rt.

Spiritus loco ohne Faß 16 11/12—⅚ Rt. bez., pr. Februar und Februar-März 16⅔ Rt. bez, Br. u. G., April-Mai 16⅞—¾—⅝ Rt. bez., Mai-Juni 17 1/24—16 11/12 Rt. bez., Juni-Juli 17⅜—1/24 Rt. bez., Juli-August 17⅝—19/24 Rt. bez.

Danzig, 21. Februar 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126 ℔. 96, 99—97½, 102½ Sgr.; 127—129 ℔. 97½, 103 — 98 — 104, Sgr.; 130, — 131/2 ℔., 132 — 133 ℔. 105 107½ Sgr. — Weizen bunt: dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19-121/22 ℔., 85, 88 — 87½, 90 Sgr., 122/23—124/25 ℔. 89, 92½ — 90, 93 Sgr., 126/7; 91, 94 Sgr. pr. 85 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Roggen, 120—122 ℔. 56—57 Sgr., 124—126 ℔., 58—59, 59½ Sgr., 127—128 ℔. ohne Zufuhr pr. 81⅚ ℔. preuß. pr. Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4 ℔. 46, 47, 49 Sgr. pr. 72 ℔. pr. Schffl. einzuwiegen.— Gerste, kl. Malz- 102—104 ℔. 49, 50 — 50, 52, Sgr. 106 — 108 ℔. 52, 53 — 53, 54 Sgr. 110 ℔. 53, 54 Sgr. pr. gemessenen Scheffel. — Gerste, gr. Malz- 105 — ℔., 52 53 — Sgr. 107—110 ℔. 53½, 54½—54½, 55½ Sgr., 112 114 ℔. 55, 56—56, 57 Sgr. pr. 72 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Hafer 27½—30 31 Sgr. pr. 50 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch- 62½,— 64, 65 Sgr., abfallende 57 58—59 61 Sgr. pr. 90 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16 Rt. pr. 8000 % Tr.

Börsenverkäufe.

Die weniger feinen Parthieen Weizen, welche heute zum Verkauf ausgeboten wurden, erzielten volle letzte Preise; dagegen blieben abfallende Gattungen nur beachtet. Umsatz 50 Last.

Bedungen wurde: für bunt 123/24 ℔. besetzt fl. 535, 121/22 ℔. gesund fl. 550, 124 ℔. fl. 551, gut- und hellbunt 123 ℔. fl. 565, 125/26 ℔. fl. 585, 125/26 ℔. fl. 587½, 126 ℔., 127 ℔., 227/28 ℔. fl. 600, hochbunt 126 ℔., 130/31 ℔. fl. 615, 129 ℔. fl. 620, 129 ℔. fl. 630, 131 ℔. fl. 632½ pr. 5100 ℔. pr. Last.

Roggen niedriger. Umsatz 15 Last. 115/16 ℔. fl. 323½, 118 ℔. fl. 330, 121 ℔. fl. 339, 122 ℔. fl. 342, 124 ℔. fl. 348 pr. 4910 ℔. pr. Last.

Erinnerung an Robinson.

„In diesen Tagen starb zu London im 92. Jahre seines Alters Mr. Henry Crabb Robinson, ein Mann dessen Name mit mehreren der gefeiertsten der Englischen Literatur dieses Jahrhunderts aufs Innigste verwachsen und der als Freund und häufig als Maecenas verschiedener hervorragender Dichter und Künstler oft genannt worden ist. Durch seine langjährige intime Freundschaft und steten Briefwechsel mit Goethe ist der Verewigte auch in Deutschland in weiteren Kreisen bekannt geworden." — —

So las ich heute in der Zeitung, und das rief mir in das Gedächtniß zurück einen meiner angenehmsten Abende, den ich im Jahre 1863 verlebte.

In dem Hause einer gelehrten und sehr liebenswürdigen Dame, bei der ich damals in London logirte, ließ sich während meines Aufenthalts dort eben dieser Mr. Robinson eines Tages zu unserem späten Mittagbrod anmelden. Er war damals 88 Jahr alt. Reich, früher geschickter Advokat, nie verheirathet, standen seine Sympathieen und seine Freundlichkeit jederzeit allen bedeutenden Männern zu Gebote, und an meine Wirthin, die eben damals an einer neuen Uebersetzung des Euripides arbeitete, fesselte ihn warme Freundschaft.

Er hatte besonders gewünscht, daß das Haus für den Abend frei von anderen Gästen gehalten würde. Das geschah auch gewissenhaft und mit dem Schlage 5 erschien Mr. Robinson, geführt von seinem Diner, tief von Alter gebückt und nur seine Augen so leuchtend blau, wie man es nur bei ganz kleinen Kindern oder alten Leuten sieht.

Zuerst bei Tische war er sehr erschöpft; nur als ihm gesagt wurde ich sei eine Deutsche, warf er mir einen freundlichen Blick zu und sagte in gutem reinem Deutsch:

„Ach, Sie bringen mir liebe Zeiten zurück; bei Ihnen drüben habe ich die Blüthe meines Lebens verbracht."

Dann schwieg er wieder.

Erst als er nach dem Essen etwas geruht hatte und wir alle bei prasselndem Feuer um den behaglichen Theetisch saßen, nahm er mehr an der Unterhaltung Theil. Bald jedoch hatte er allein das Wort und wir andern horchten aufmersam auf.

Grade in jener Zeit, wo all' unsre großen Geister sich in Weimar und Jena um den den feinsinnigen Hof geschaart hatten, lebte auch er dort und erfreute sich der genauen Bekanntschaft jener Männer, und mit vielen derselben, besonders mit Göthe verband ihn persönliche Freundschaft. Und als nun, indem er mich Deutsche sah, alle seine alten Erinnerungen wach wurden, da war es uns, als sei all' das, was er uns erzählte, erst von gestern, so frisch lebte es in seinem Herzen und so lebendig wurde es auch uns durch seine begeisterten Reden.

Goethe war sein Ideal als Dichter, Gelehrter und Mensch. Goethes Freundschaft war der Edelstein seines Lebens, der jetzt noch im späten Alter nichts von seinem Glanze verloren hatte. Viel erzählte er von seinem Helden, wie er so mild in seinem Urtheile gewesen und wie er an Allem das Gute herauszusehen gewußt. Selbst getadelt hätte er oft so fein, daß die Kritisirten sich noch geschmeichelt gefühlt hätten.

„Ja", sagte er, „so hatte einmal Goethe eine Kritik der „Luise" von Voß geschrieben, worin er bemerkte: Von andern Dichtern pflegt man zu sagen, sie erheben sich zu ihrem Gegenstande; aber unser Voß läßt sich liebenswürdig zu dem seinen herab, so daß sie beide nun auf gleicher Stufe stehen." Darüber wird sich Voß recht ärgern, dachte ich. An demselben Morgen begegnete ich ihm.

„„Haben Sie Goethes Kritik über mich schon gelesen?" rief er mir gleich entgegen.

Ich kam ganz in Verlegenheit und sagte, um ihm die Beschämung zu ersparen, ausweichend, daß ich nur Zeit zu einem flüchtigen Blicke darauf gehabt.

„Ach", rief Voß, „da lesen Sie dieselbe doch recht aufmerksam; sie ist ganz ausgezeichnet und auch", fügte er hinzu, „sehr freundlich für mich!

„Was hält man denn jetzt in Deutschland von Schelling? wandte sich Mr. Robinson jetzt zu mir.

„Man hat seine Systeme vergessen."

„Ja", erwiederte er, „das sah auch Göthe voraus. Ich sprach einmal mit ihm über Schelling, der damals gerade auf der Höhe seines Ruhmes stand. Endlich sagte Göthe: „Das sind Luftblasen, die in dem unendlichen Raume der Zeit sich bald genug verlieren werden."

Ein anderes Mal, als wir Nachmittags im Garten saßen, verglichen wir den Shakespeareschen Macbeth mit dem von Schiller. Jener läßt die Hexen ihrem grausigen Charakter gemäß sprechen; aber bei Schiller müssen die drei metaphysische Betrachtungen anstellen. „Ja", sagte da Göthe, „das ist auch immer mein Abscheu gewesen."

Auch mit Madame de Staël war Mr. Robinson viel zusammen gewesen.

„Eines Morgens", so erzählte er, „saß ich eifrigst sprechend bei ihr, als Goethes Sohn, ein schöner, hochgewachsener junger Mann, in das Zimmer trat und ihr mit einer tiefen Verbeugung sein Stammbuch überreichte mit der Bitte, sich hinein zu schreiben. Höflich nahm sie dasselbe und complimentirte ihn dann mit großer Verbindlichkeit, aber schnell, zur Thüre hinaus. Kaum hatte sich diese hinter ihm geschlossen, als Frau v. Staël das Buch, daß sie noch in der Hand hielt, weithin auf das Sopha schleuderte und ärgerlich ausrief: „Je n'aime pas ces tables mortuaires!" Ich bat mir die Erlaubniß aus, es ansehen zu dürfen. Auf der ersten Seite standen einige Zeilen von Göthe, worin er in seiner bezeichnenden Weise den Zweck eines Stammbuches angiebt.

Lieblich ist, in Feld und Garten
Mancher schönen Blum' zu warten;
Aber lieblicher, in Segen
Seiner Freunde Namen pflegen;
Denn der Anblick solcher Züge
Thut so Seel' wie Geist Genüge.

Auf der zweiten Seite schrieb Schiller an „Goethes Sohn" und so ging es weiter: ein großer Name folgte dem andern.

Eines Abends sprach sich Madame de Staël bei einer Gesellschaft in ihrem Hause sehr geringschätzig über Göthe's dramatisches Talent aus; besonders die „natürliche Tochter" erregte ihr Mißfallen.

„Monsieur vous ne parlez pas", wandte sie sich plötzlich zu mir.

Mich hatte schön lange ihr Reden geärgert und ich konnte nicht lassen ihr zu sagen „Madame, vous ne comprenez pas Goethe et vous ne le comprendrez jamais." „Monsieur," erwiderte sie mir da mit erhabener Miene, „je comprends tout ce qui mérite d'être compris. Ce que je ne comprends pas, ce n'est rien!"

„Aber," fuhr Mr. Robinson fort, „nicht immer war sie so rechthaberisch. Einmal las sie einem großen Kreise von Bewunderern die Uebersetzung eines Goetheschen Artikels vor, die sie eben vollendet hatte. Alle ergossen sich in Lobeserhebungen darüber.

„Mais Monsieur ne parle pas" fragte sie mich wieder.

„Madame, das, was Sie uns da eben lasen, ist recht schön, aber nur nicht, was Goethe im Original gesagt hat." Und nun setzte ich in kurzen Worten ihre falsche Auffassung auseinander. Die Andern wollten mir mit neuen Schmeicheleien für unsere Wirthin in die Rede fallen; diese aber rief heftig: „Taisez vous, Messieurs! Vous me flattez, mais Monsieur m'a corrigé!" und indem sie sich freundlich gegen mich neigte, „je vous en remercie!"

Der alte Herr hatte bei seinem eifrigen Erzählen ganz seine Altersschwäche vergessen; seine Stimme klang voll und stark und seine Augen strahlten; aber jetzt rief ihn ein schmerzhafter Husten wieder in die Gegenwart zurück. Er schlug mit der Hand gegen die Stirn und murmelte: „Alte Zeiten, alte Zeiten! Jetzt bin ich ein zerbrochenes Geschirr und danke beinahe den Leuten, wenn sie geduldig mich anhören!"

Bald empfahl er sich nun und sein „Adieu, Mamsell!" das er beim Abschied mir zurief, gehörte ganz zu der Goethe-Zeit, die in seinen Reden lebte. Ungern nur brachte ich meine Gedanken wieder zurück in die Gegenwart, in der statt schöner Lieder und geistreicher Leute blutige Kriege und wüste Politik unsere Seele beschäftigt.

Sonntag, den 24. Februar, predigen in nachbenannten Kirchen:

St. Marien. 9 Uhr Herr Consistorialrath und Superintendent Reinicke. 12 Uhr Hr. Archidiac. Dr. Höpfner, 2 Uhr Herr Prediger Müller, Donnerstag, den 28. Februar, 9 Uhr, Wochenpredigt Herr Pred. Müller.

St. Petri und Pauli. Um 8¾ Uhr Herr Pred. Stosch, um 10 Uhr Herr Pred. Böck. Um 6 Uhr Abends kein Gottesdienst, sondern erst am 3. März.

St. Barbara. Vormittag Herr Pred.-Amts-Cand. Karmann. Nachm. Herr Predigt-Amts-Kand. Hardt. Beichte Morgens 8¾ Uhr.

St. Trinitatis. Vormittag Herr Prediger Dr. Scheffler. Anf. 9 Uhr, Nachmittag Herr Pred. Blech. Sonnabend Mittags halb 1 Uhr Beichte.

St. Annen. Vorm. Herr Prediger Mill (polnisch evangel.) Anfang 9 Uhr. Mittwoch, den 27. Febr., Bibelstunde Herr Pred. Blech. Anfang 5 Uhr.

Hl. Leichnam. Vorm. 9¼ Uhr Herr Superintendent Tornwaldt. Die Beichte 8¾ Uhr und Sonnabend Mittags 1 Uhr.

Heil. Geistkirche. (Evangelisch-lutherische Gemeinde). Früh 9 Uhr und Nachmittag 2½ Uhr Herr Pastor Ebert. Freitag, den 1. März, Abends 7 Uhr derselbe. Sonnabend, den 2. März, Nachm. 3 Uhr Beichte.

St. Salvator. Vormittag Herr Superint. Blech.

St. Elisabeth. ½11 Uhr Militair-Gottesdienst Herr Divisions-Pred. Steinwender. Mittwoch, den 27. Febr. Abends 6 Uhr, Herr Divisions-Pred. Collin.

St. Nicolai. Frühmesse 7 u. 8 Uhr. Hochamt mit Pred. 10 Uhr Herr Vicar Sawicki. Nachm. 3 Uhr Vesperandacht.

Königliche Kapelle. 8 Uhr Frühmesse 10 Uhr Hochamt mit Predigt Herr Pfarrer Dr. Redner. Nachmittag 2½ Uhr Vesper.

St. Brigitta. Frühmesse 7 Uhr. Militairgottesdienst ½8 Uhr hl. Messe mit polnischer Predigt Herr Divisionspfarrer Fiedler. Hochamt mit Predigt ½10 Uhr Herr Pfarr-Administrator Hasse.

St. Joseph. Frühmesse 7½ Uhr, Hochamt 9½ Uhr, nach dem Hochamte deutsche Predigt Herr Vicar Schultz. Nachmittag 3 Uhr Vesp.

Angemeldete Fremde am 20. Februar 1867

Hotel zum Kronprinzen. Die Herren: Gutsbesitzer Aßmus a. gr. Wißling, Zimmermann a. Gr. Gremblin, Kaufl. Forstmann a. Kassel, Pitthoff a. Bielefeld.

Hotel du Nord. Die Herren: Rittergutsbesitzer v. Naczynski a. Culm, v. Tevenar u. Frl. v. Tiedemann a. Saalau.

Hotel de Berlin. Die Herren: Kaufl. Conrad a. Glauchau, Steinle a. Halberstadt, Buxbaum a. Fürth, Meißner und Fromknecht a. Leipzig, Rosenthal a. Berlin.

Hotel de Thorn. Die Herren: Gutsbes. Badehn a. Neuteich, Wilke a. Pogorcz, Albrand u. Frl. Rentier Wilke a. Meklenburg, Kaufl. Toews a. Neuteich, Hamburger a Neutomysl, Mußmann a. Berlin, Karsten a. Brandenburg.

Walters Hotel. Die Herren: Rittergutsbesitzer Boy a. Katzke, Kaufl. Geyer a. Eisenberg, Raynowski a. Berlin, Fabrikant Mertens a. Jesenburg Fr. Boyn a. Berent.

Berliner Börse vom 20. Februar.

Wechsel-Course vom 19.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	143⅞ bz
do. 2 Monat	5	143¼ bz
Hamburg 300 Mark kurz	4	151⅝ bz
do. 2 Monat	4	151¼ bz
London 1 Lstrl, 2 Monat	4	6. 22½ bz
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	80¾ bz
Wien 150 fl. 8 Tage	5	79½ bz
do. do. 2 Monat	5	77¾ bz
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56 24
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	3½	56 26 bz
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	99¾ G
do. 3 Monat	6	99⅙ G
Petersburg 100 R.L Woch.	7	99 bz
do. do. 3 Monat	7	88⅞ bz
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	4½	110⅝ bz
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	82¼ bz

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	104¼ bz
Freiw. Anleihe	4½	99⅞ G
St.-A. von 54—55, 57	4½	99⅞ bz
do. von 59	4½	99⅞ bz
do. von 56	4½	99⅞ bz
do. von 64	4½	99⅞ bz
do. von 50—52	4	91½ bz
do. von 53	4	91½ bz
do. von 62	4	91½ bz
Staats-Schuldscheine	3½	85¼ bz
Pr.-Anl. von 55 à 100	3½	121¼ bz
Kr.- und Nm. Sch.	3½	82 G
Od.-Dchb.-Oblig.	4½	— —
Kur- u. Neum. Pfandbriefe	3½	79½ bz
do. neue	4	90½ bz
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	78½ bz
do. „	4	86¾ B
Pommersche „	3½	78½ bz
do „	4	90¼ bz
Westpreußische Pfandbriefe	3½	76⅝ bz
do. „	4	86 bz
do. neue	4	85½ bz
do. do.	4½	94¼ bz
Preußische Rentenbriefe	4	91½ G

Gold- und Papiergeld.

Friedrichsd'or	113 5/12 bz	Dollars	1.11⅚
Gold-Kronen	9. 8⅛ G	Sovereigns	6.23 Gsb
Louisd'or	110⅞ G	Russische Bakn.	82 bz
Napoleonsdor	5. 12¼ bz	Polnische do.	— —

Druck und Commissionsverlag von A. W. Wendt in Danzig. Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.